

Geschäftszahlen:
BMEIA: 2021-0.658.256
BMSGPK: 2021-0.658.919

5/13
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Weitergabe von Impfstoff an bedürftige Drittstaaten

Das wirksamste Vorgehen gegen die COVID-19 Pandemie ist die Schutzimpfung. Während in Österreich bislang rund 65% vollständig immunisiert sind, haben nur annähernd 30% der Weltbevölkerung einen vollständigen Impfschutz. Insbesondere die regionale Verteilung weist große Ungleichheiten auf: so sind in Afrika erst rund 3% der Bevölkerung vollständig geimpft. Und nur 1,9 % der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen haben zumindest eine Impfdosis erhalten. Länder mit den niedrigsten Einkommen weisen ein 20 Mal geringeres Impftempo auf als Regionen mit den höchsten Einkommen. Die Ersuchen um Impfstoffhilfe aus bedürftigen Ländern, die Österreich laufend erreichen, unterstreichen diesen großen Bedarf.

In Zeiten der globalen Gesundheitskrise ist internationale Solidarität und die möglichst rasche Unterstützung unserer Nachbarn und weltweiter Partner mit Impfstoffen von entscheidender Bedeutung. Angesichts des mangelnden Impffortschritts ist in den kommenden Monaten – auch bedingt durch Virusvarianten - von einer sich weiter verschärfenden Lage auszugehen. Die Bundesregierung sieht sich daher nicht nur aus Gründen der Solidarität, sondern auch aus Eigenschutz in der Verantwortung ihren Beitrag zu leisten, um Impfungen weltweit voranzutreiben. Dazu gilt es, österreichische Impfstoffe zu spenden bzw. zu verkaufen und Begleitmaßnahmen zu finanzieren. Die besten Impfstoffe sind wertlos, wenn sie nicht rechtzeitig verimpft werden können. Denn niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind.

Der globale Bedarf an Impfstoffen wird auf absehbare Zeit nicht gedeckt sein. Die Pandemie wirkt zudem wie ein Katalysator für Entwicklungsdefizite, wie die Intensivierung von Konflikten sowie politische und sozioökonomische Entwicklungen im vergangenen Jahr gezeigt haben. Fragile Staaten und vulnerable Gruppen wurden am härtesten von der Krise getroffen, Frauen sind überproportional stark betroffen. Der Ausweg aus der Krise liegt in einer möglichst hohen Impfrate, und das weltweit.

Durch eine Trendwende bei der Verfügbarkeit von Impfstoffen und durch den Impffortschritt im eigenen Land verfügen wir über COVID-19 Impfstoff, der in Österreich nicht mehr benötigt wird. Es sollen keine von Österreich bestellten Impfstoffe verfallen. Alle Impfstoffe, die in Österreich mittelfristig nicht verimpft werden können, sollen entweder an bedürftige Drittstaaten gespendet, oder im Einzelfall auch verkauft werden.

Wir planen daher, einen Großteil der national entbehrlichen COVID-19 Impfstoffe unentgeltlich an Länder weiterzugeben, für die dies gesundheits-, entwicklungs- und außenpolitische Gründe nahelegen.

Die österreichische Impfstoffweitergabe beruht auf zwei Säulen. Einerseits sollen Impfstoffe, die schon vorab als über den inländischen Bedarf hinausgehend erkennbar sind, direkt vom Hersteller an Empfängerländer geliefert werden. Andererseits wird auch Impfstoff, der für den inländischen Bedarf und zur Lagerhaltung vorgesehen und dafür nach Österreich geliefert wurde, falls dieser im Inland nicht mehr benötigt wird, schließlich im gemeinsamen Einvernehmen von BMSGPK und dem BMEIA weitergegeben.

Zusätzlich zu den beschlossenen Impfstoffspenden werden für begleitende Gesundheitsprojekte (Umsetzung Impfprogramme, Aufklärung, Unterstützung von lokalen Gesundheitssystemen) in den Jahren 2021 und 2022 Mittel iHv gesamt EUR 5 Mio. bereitgestellt. Diese Summe wird aus dem AKF bedeckt, wobei vereinbart wird, dass dem AKF in dem Jahr, in dem die Gelder ausgezahlt werden (2021 oder 2022), diese Budgetmittel bedarfsgerecht gemäß den haushaltsrechtlichen Bestimmungen im Rahmen des Budgetvollzugs wieder zugeführt werden. Die Ausarbeitung dieses Programmes erfolgt im Einvernehmen von BMSGPK und BMEIA, wobei die Umsetzung über österreichische Nicht-Regierungsorganisationen erfolgen soll. Mit der Abwicklung der Projekte wird die ADA beauftragt.

Mit der Novellierung des „Bundesgesetzes, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden“, wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, um vereinfacht Impfstoffdosen, die über den nationalen Bedarf hinausgehen, zu spenden. Seit mehreren Monaten spendet Österreich daher in enger Abstimmung zwischen den betroffenen Ressorts Impfstoffe an Partnerländer, die einen hohen Bedarf haben. Auf Ersuchen der EU war Österreich zunächst im Rahmen des „EU Vaccine Sharing Mechanism“ als Pionier und Regionalkoordinator für den Weiterverkauf von 650.000 BioNTech/Pfizer-Dosen aus dem gemeinsamem EU-Kontingent an die sechs Staaten des Westbalkans tätig. Zusätzlich wurden bereits mehrere Staaten, die besonders akut von der

Pandemie betroffen waren, auf bilateralem Wege unterstützt. Es erfolgten und erfolgen Impfstofflieferungen von AstraZeneca-Dosen an die Ukraine (insgesamt 250.000 Dosen), den Libanon (100.000 Dosen), Bosnien und Herzegowina (500.000 Dosen), Tunesien (50.000 Dosen), Georgien (5.000 Dosen) und an den Iran (1 Mio. Dosen) und an Vietnam (50.000 Dosen). Des Weiteren befinden sich mRNA Impfstoffspenden iHv 1 Mio. Dosen an Länder des Westbalkans und der östlichen Partnerschaft (Albanien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Moldau) sowie AstraZeneca Spenden iHv jeweils 150.000 an Zentralasien (Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan) in Vorbereitung. Damit leistet Österreich bis Jahresende seinen Beitrag zum Spendenziel der EU Mitgliedsstaaten für 2021 iHv insgesamt 200 Mio. Dosen.

Österreich unterstützte die internationale COVAX-Initiative bisher national mit einem finanziellen Beitrag von rund 5 Mio Euro. Darüber hinaus unterstützt Österreich die von der Europäischen Kommission im Oktober 2021 vorgeschlagene Mobilisierung von 1,3 Milliarden Euro zur Finanzierung zusätzlicher 200 Millionen Dosen für Länder mit niedrigem Einkommen. In diesem Zusammenhang ist Österreich auch damit einverstanden, den noch nicht ausgeschöpften Anteil des bilateralen österreichischen Beitrags iHv. rund 21,8 Millionen Euro zum Europäischen Soforthilfeinstrument (Emergency Support Instrument ESI) zur Bekämpfung der Pandemie in der EU für die COVAX-Initiative zu verwenden. Um die Versorgungssicherheit des Landes zu gewährleisten, wird es weiterhin notwendig sein, den mittelfristigen nationalen Bedarf zu jedem Zeitpunkt aus in Österreich lagernden Impfstoffen decken zu können. Daneben bleibt die Bekämpfung der Pandemie weiterhin eines der prioritären Ziele der österreichischen Bundesregierung. Es ist im Interesse Österreichs, nach Maßgabe der Verfügbarkeit und angesichts der begrenzten Haltbarkeit von Impfdosen, besonders bedürftige Drittstaaten auch weiterhin mit Impfstoff-Spenden zu unterstützen. Dafür steht der „EU Vaccine Sharing Mechanism“ sowie bilaterale und multilaterale Kanäle offen.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. November 2021

Dr. Michael Linhart
Bundesminister

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister